



II-112

der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bundesminister für Verkehr
und verstaatlichte Unternehmungen

Pr.Zl. 5.906/9-I/2-1970

Wien, am 9. Juni 1970

7 /A.B.
zu 30 /J.
Präs. am 12. JUNI 1970

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.z. NR Melter,
Peter und Genossen: Urlaubsaushilfen im Postdienst.
(Nr. 30/J-NR/1970 vom 20. Mai 1970).

Zu obiger Anfrage erlaube ich mir, folgendes mitzuteilen:

Zu Frage 1) Um die Urlaubsabwicklung zu erleichtern und
saisonbedingte Verkehrsspitzen im Bereich des Post- und
Fernmeldebetriebes besser bewältigen zu können, ist vor-
gesehen, in der Zeit vom 1. Juni 1970 bis 31. Oktober 1970
im Monatsdurchschnitt 1.200 Vertragsbedienstete des Ent-
lohnungsschemas I zusätzlich zu den im Dienstpostenplan für
1970 vorgesehenen Kräften einzustellen.

Wie in den Vorjahren werden als Urlaubersatzkräfte vor-
nehmlich Hochschüler und Schüler Allgemeinbildender Höherer
Lehranstalten in Betracht kommen. Die für die zusätzliche
Aufnahme von Vertragsbediensteten im Sinne des Punktes 2
Absatz 1 des Allgemeinen Teiles des Dienstpostenplanes für
das Jahr 1970 erforderliche Zustimmung der Bundesregierung
wurde bereits eingeholt.

Zu Frage 2) Den Post- und Telegraphenbediensteten wird der
ihnen nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen zu-
stehende Erholungsurlaub ungekürzt gewährt. Die am Jahres-
ende jeweils verbleibenden Resturlaubstage werden im wesent-
lichen in den ersten vier Monaten des folgenden Kalender-

jahres abgewickelt. Soferne jedoch dienstliche Interessen einer früheren Urlaubsabwicklung entgegenstehen, bleibt den Bediensteten der Anspruch auf den Erholungsurlaub bis zum 31. Dezember des auf das Urlaubsjahr folgenden Jahres gewahrt. Unter Berücksichtigung dieser Bestimmungen können alle Post- und Telegraphenbediensteten ihren Erholungsurlaub - wenn auch oft über eigenen Wunsch geteilt, so doch ungekürzt - konsumieren. Um dies sicherzustellen, ist die Post- und Telegraphenverwaltung bemüht, die aus dem Vorjahr jeweils übertragenen Resturlaube in vertretbaren Grenzen zu halten. Aus dem Jahre 1969 verblieb für das laufende Kalenderjahr ein Urlaubsrest von insgesamt 312.429 Tagen, das sind rund 24 % des Urlaubsanspruches 1969. Dies entspricht dem Durchschnitt der letzten 5 Jahre.

Zu Frage 3) Der Aufnahme von Urlaubersatzkräften stehen aus betrieblichen Gründen gewisse Grenzen entgegen. Die nur kurz eingeschulten Aushilfskräfte können von vornherein nur auf bestimmten Arbeitsplätzen verwendet werden. Die Post- und Fernmeldedienststellen können einen ordnungsgemäßen Betriebsablauf nur dann gewährleisten, wenn auch während der Sommermonate eine ausreichende Zahl voll ausgebildeter Kräfte vorhanden ist. Die Zahl der aufzunehmenden Aushilfskräfte kann daher - abgesehen von budgetären Erwägungen - nicht in einem solchen Maß gesteigert werden, daß von allen anderen Maßnahmen, die die Urlaubsabwicklung erleichtern, abgesehen werden kann. Somit wird - wie in den vergangenen Jahren - auch im Jahre 1970 eine im ganzen gesehen zweifellos eng begrenzte Anzahl von Postämtern während der Urlaubsmonate vorübergehend geschlossen werden. Hierbei ist die Post- und Telegraphenverwaltung bemüht, für die Postbenutzer unzumutbare Belastungen zu vermeiden.

Der Bundesminister:

